

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

12.05.2015

P r o t o k o l l

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen am
Montag, 4. Mai 2015 im Senatssaal**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:32 Uhr

Mitglieder

Herr Martin Banduch	
Herr André Bleckmann	
Frau Bettina Bruns	
Herr Jan Evers	nicht anwesend
Herr Dr. Stefan Fassbinder	
Frau Yvonne Görs	
Herr Heiko Jaap	
Herr Dr. Andreas Kerath	
Herr Markus Kolbe	
Herr Franz-Robert Liskow	
Herr Thomas Mundt	
Herr Walter Noack	
Herr Dr. Sascha Ott	
Herrn Seiffert	i. V. von Frau Socher
Frau Brigitte Witt	

Verwaltung

Frau Teetz
Herr Wille
Herr Kremer
Herr Maaß
Frau Schlegel
Frau Wiehler

Gäste

Herr Adomeit
Frau Hase
Herr Haarmann
Herr von Glasenapp

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 09.03.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. Richtlinie zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen
Dez. I, Amt 20
 - 6.2. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
 - 6.3. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e. V.
Dez. II, Amt 40
 - 6.4. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH
Dez. II, Amt 60
 - 6.5. Annahme einer Barspende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e. V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson
Dez. II, Amt 66
 - 6.6. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 6.7. Pariser
SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Herr Evers ist nicht anwesend.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Unter TOP 6.8 wird die Tischvorlage der SPD-Fraktion „Änderungsantrag zur Drucksache 06/317 „Pariser“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Unter TOP 6.9 wird die Tischvorlage des Beteiligungsmanagements „Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder“ auf die

Tagesordnung gesetzt.

Die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 09.03.2015

Es gibt keine Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

keine

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Richtlinie zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen

06/281

Herr Wille erläutert, dass es sich um eine interne Weisung des Oberbürgermeisters mit Änderung der Kriterien hinsichtlich der Eröffnungsbilanz handelt. Daher soll der Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis erhalten. Neben Formalien zur Umsetzung enthält diese Richtlinie die Anhebung der Einzelwertberichtigungen auf eine Schwelle von 2.000 EUR. Dies reduziert den Verwaltungsaufwand, gewährleistet dennoch durch die zusätzliche Pauschalwertberichtigung eine korrekte Darstellung der Vermögenslage.

Herr Noack fragt, ob diese Richtlinie auch von anderen Kommunen angewandt wird. Herr Wille erklärt, dass es vor allem wichtig ist, die gleichen Mechanismen für die Bilanzaufstellung anzuwenden. In welcher Form dies geschieht, entscheidet jede Kommune für sich. Eine Einheitlichkeit besteht somit nicht.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.2. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek

06/313

Herr Dr. Ott erklärt sich für befangen und nimmt daher an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

TOP 6.3. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e. V.

06/307

Herr Dr. Fassbinder hinterfragt die Formulierung der Beschlussvorlage. Diese knüpft

die Gewährung der Zuwendung an die Bedingung einer einzigen, zentralen Geschäftsstelle in Greifswald.

Herr Mundt erläutert, dass es aus Sicht der Verwaltung wichtig ist, den Sitz der zentralen Geschäftsstelle des Kreissportbundes in der Kreisstadt Greifswald einzurichten.

Herr Wille erläutert, dass es ein Anliegen ist, die Geschäftsstellen in Greifswald zu zentralisieren und die anderen Standorte zu schließen, um Kosten einzusparen.

Laut Herrn Dr. Fassbinder hatte der Kreissportbund zwei Optionen diskutiert: Entweder soll eine Hauptgeschäftsstelle nur in Anklam bestehen oder eine Hauptgeschäftsstelle in Greifswald mit einer Außenstelle in Pasewalk. Da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die zweite Option befürwortet, muss laut Herr Dr. Fassbinder die Formulierung der Beschlussvorlage entsprechend geändert werden.

Herr Wille schlägt vor, die Formulierung der Beschlussvorlage nochmals zu prüfen und gegebenenfalls entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

TOP 6.4. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH

06/312

Herr Imhorst erläutert die wichtigsten Bestandteile des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA).

Herr Dr. Fassbinder möchte wissen, in welchem Ausmaß und Zeitraum eine Bindung an den darin festgelegten Liniennplan besteht. Herr Imhorst erklärt, dass der Vertrag zehn Jahre Gültigkeit hat und eine Bindung an das Liniennetz vorsieht, allerdings mit einer gewissen Gestaltungsmöglichkeit.

Herr Dr. Kerath fragt nach den Kriterien für „wesentliche inhaltliche Änderungen des öDA“. Frau Teetz erläutert, dass diese Änderungen nur dann wesentlich sind, wenn sie haushaltsrechtliche Auswirkungen oder Auswirkungen auf Wirtschaftspläne haben.

Die Frage von Herrn Dr. Kerath, ob eine Kündigung des Vertrages seitens des Landkreises vorliegt, wird von Frau Teetz verneint.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 6.5. Annahme einer Barspende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson

06/323

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

TOP 6.6. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2

06/303

Herr Dr. Fassbinder geht auf einen Einwand aus anderen Ausschüssen ein, dass die Stadt Greifswald hier nicht zuständig sei, sondern eher die Denkmalschutzbehörde. Aus diesem Grund ist die Beschlussvorlage so formuliert, dass diese Behörde aufgefordert werden soll, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten.

Herr Noack unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich.

Herr Kolbe regt die Möglichkeit der Zwangsversteigerung an. Herr Wille sieht für diesen Weg keine Möglichkeit, da seitens der Stadt keine finanziellen Forderungen an den Eigentümer bestehen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

TOP 6.7. Pariser

06/317

Herr Dr. Kerath erläutert den Hintergrund der Beschlussvorlage.

Frau Görs regt an, die Tischvorlage 6.8 mit TOP 6.7 zusammen zu beraten.

Herr Jaap macht die Unterschiede zu der ursprünglichen Beschlussvorlage deutlich.

Frau Görs unterstützt die erweiterte Vorlage 6.8. Es macht aus ihrer Sicht Sinn, den Kreis der möglichen Erwerber auch auf Vereine mit anderen sozialen Angeboten zu vergrößern und das Gebäude nach der einjährigen Frist zu den üblichen Bedingungen zum Verkauf anzubieten.

Herr Dr. Fassbinder schließt sich der Unterstützung an. Seine Vermutung, dass der Ausdruck „realisieren“ auch einen Verkauf an geeignete Interessenten impliziert, wird von Herrn Jaap bestätigt.

Herr Dr. Kerath fragt, ab wann die Jahresfrist beginnt. Herr Jaap antwortet, dass diese ab Beschlussfassung der Bürgerschaft in Kraft tritt.

Herr Kremer informiert, dass der Gebäudesachverständige die Nutzungsdauer im aktuellen Zustand des Hauses von 3 Jahren ansetzt und erheblicher Sanierungsbedarf besteht. Herr Kremer bezweifelt, dass ein Verein finanziell in der Lage sein wird, die Sanierungskosten zu stemmen und somit wieder Fördergelder seitens der Stadt notwendig würden, weil sich kein Käufer unter diesen Bedingungen findet. Er fordert eine ehrliche Diskussion, um den Leerstand des Gebäudes so gering wie möglich zu halten.

Herr Wille fragt, ob die Fraktion „Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei“ mit einer Ausschreibung des Gebäudes zum Verkauf durch einen sozial tätigen Verein einverstanden wäre und bereits nach einer Frist von sechs Monaten erneut dem freien Markt zum Verkauf anzubieten, sollte sich kein Erwerber binnen der genannten Frist gefunden haben.

Herr Mundt verdeutlicht, dass der Text der Vorlage auf Wunsch der Verwaltung modifiziert wird. Es soll demnach ein konkreter Ausschreibungstermin mit bestimmter Vorgabe (für soziale Zwecke) formuliert werden. Somit könnte das Verfahren verkürzt und Sanierungskosten aus kommunalen Mitteln verhindert werden.

Herr Banduch macht deutlich, dass ein solches Verfahren durch die Vorlage nicht ausgeschlossen ist.

Herr Jaap schließt sich dieser Meinung an.

Herr Wille betont nochmals, dass die Verwaltung prioritär an einem Verkauf des Grundstücks interessiert ist.

Herr Jaap informiert, dass er zunächst mit seiner Fraktion über diese Änderungen beraten muss.

Über beide Vorlagen wird nicht abgestimmt.

TOP 6.9. Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder

Herr Mundt legt fest, dass inhaltliche Informationen und Fragen zu den Kalkulationen der WVG im nicht öffentlichen Teil besprochen werden und Frau Teetz zunächst die Kalkulation der WVG sowie des Eigenbetriebes vorstellt.

Frau Teetz erläutert die Tischvorlage. Die Verwaltung empfiehlt der Bürgerschaft, die Kita-Immobilien dem Vermögen des am 01.01.2015 neu gegründeten Eigenbetriebes Hanse-Kinder zuzuordnen. Zielstellung ist der möglichst sparsame Abbau des Sanierungsstaus unter Berücksichtigung der Platzkosten und der finanziellen Gesamtsituation der Stadt. Der Eigenbetriebsleiter, Herr Lerm, hat hierzu ein Konzept entwickelt, das geeignete Rahmenbedingungen unter Wahrung der Sachkostenbeeinflussung aufzeigt. Die Zielstellung des Konzeptes wurde bereits im Sozialausschuss von ihm dargelegt.

In zwei Sitzungen hatten Vertreter der Fraktionen und der Verwaltung die beiden möglichen Varianten (eigenständige Umsetzung durch den Eigenbetrieb oder durch die WVG nach Übertragung der Immobilien als Sacheinlage) diskutiert. Prämissen sind bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 9 Mio. EUR der Erhalt aller Kita-Standorte sowie die Umsetzung der Vorhaben bis 2020. Es sind insgesamt fünf Neubauten geplant. Für den Zahlenvergleich Eigenbetrieb/WVG wurden die gleichen Investitionsvolumen pro Kita-Neubau mit 1,5 Mio. EUR zugrunde gelegt. Sechs weitere Kitas sind für eine Sanierung bzw. Modernisierung vorgesehen. Hierfür sind insgesamt 1,6 Mio. EUR angesetzt. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Teetz erläutert die Zahlenaufstellung und den Vergleich. Dieser bezieht sich im Ergebnis auf die Platzkostenanteile für die Immobilien. Ein wesentlicher Punkt ist der günstigere Zinssatz bei der Kreditaufnahme. Dieser liegt bei 0,5 % für den Eigenbetrieb, während die WVG mit einem Satz von 2 % kalkuliert. Weiterhin verspricht die Umsetzung mit dem Eigenbetrieb eine effizientere und schnellere Lösung, da es keiner grundbuchlichen Umschreibung bedarf und die Vermögenszuordnung per Bürgerschaftsbeschluss erfolgen kann.

Ein weiteres Argument für die vorgeschlagene Vermögenszuordnung ist die entsprechende Rechtsprechung. Diese sieht eine Ausstattung des Eigenbetriebes mit Eigenkapital vor, um die Aufgaben in finanzieller Unabhängigkeit von der Kernverwaltung erfüllen zu können. Prämisse für eine Genehmigung von Kreditaufnahmen seitens des Innenministeriums wäre die Refinanzierung über die

Platzentgelte.

Für den Haushalt 2015/2016 hatte die Bürgerschaft bereits entschieden, 350.000 EUR für die Modernisierung der Immobilien einzuplanen. Diese Mittel würden dem Eigenbetrieb sofort zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Fassbinder zeigt sich verwundert darüber, dass die Kalkulationen der WVG nicht offen gelegt werden, weil er keine möglichen Vorteile für Konkurrenten sieht.

Herr Mundt entgegnet, dass die freien Träger sehr wohl als Konkurrenten anzusehen sind.

Herr Dr. Fassbinder bemängelt den fehlenden Kostenansatz der langfristigen Immobilienverwaltung der Kitas im Eigenbetrieb.

Herr Mundt erwidert, dass diese Arbeit laut Herrn Lerm problemlos von ihm übernommen werden könne. Sein wichtigstes Argument ist die schnellere Handlungsfähigkeit im Eigenbetrieb als mit der WVG. Wenn der Beschluss wie geplant gefasst würde, könnte Herr Lerm bereits nach dem 08.06.2015 mit den Planungen beginnen.

Herr Wille verdeutlicht die Zinsvorteile der Kreditaufnahme im Eigenbetrieb mit einer 100 %igen Finanzierung.

Herr Dr. Kerath bemängelt die in der Kalkulation fehlenden Beträge von 400.000 EUR für die Immobilienverwaltung sowie den Sammelposten für übrige Leistungen von 450.000 EUR.

Herr Wille betont, dass die Handlungsfähigkeit des Eigenbetriebes in der Startphase Grundlage der Wirtschaftsplanaufstellung ist. Die tatsächlichen Kosten werden geringer ausfallen.

Herr Dr. Kerath ist mit dieser Erklärung nicht zufrieden und beruft sich auf die im Dezember von Frau Felkl vorgestellten Zahlen, insbesondere hinsichtlich der Entgeltberechnungen.

Herr Wille verdeutlicht den Unterschied zwischen den Entgeltverhandlungen mit dem Landkreis und der Planansätze sowie der Haushaltsermächtigung seitens des Innenministeriums.

Herr Kolbe spricht sich klar für die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante aus.

Herr Dr. Fassbinder kann sich diese Lösung ebenfalls vorstellen, fordert jedoch eine realistische Kalkulation insbesondere hinsichtlich der Immobilienverwaltung.

Herr Dr. Ott stellt fest, dass noch kein einziges Argument für die Lösung WVG genannt wurde, sondern seiner Meinung nach nur Emotionen.

Herr Jaap will sich für die im Sinne der Beschlussvorlage genannte Variante in seiner Fraktion einsetzen. Dennoch erklärt er, sich bei der Abstimmung zu enthalten, um Ergebnisse zu vermeiden, die in der Bürgerschaft konterkariert werden könnten.

Frau Görs spricht sich ebenfalls klar für die Beschlussvorlage aus.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

7 Enthaltungen

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Wille erläutert seine Antwort auf die Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, Frau Dr. Fassbinder, hinsichtlich der Berechnung der Schulkosten für die freien Träger, insbesondere die Gebühren für die Nutzung der Sportanlagen.

Weiterhin teilt Herr Wille den Sitzungsteilnehmern mit, dass die Haushaltsgenehmigung für den Kernhaushalt vorliegt, wobei die Entscheidungen für den Eigenbetrieb, den Stadtmarketingverein sowie für das Abwasserwerk noch ausstehen. Gegenstand der Genehmigung ist: Eine Kreditaufnahme für 2015 von 10,2 Mio. EUR war geplant. Davon sind 9 Mio. EUR bewilligt. Für 2016 waren 15 Mio. EUR beschlossen worden, wovon 14,2 Mio. EUR genehmigt wurden. Herr Wille erläutert anschließend die Kürzung der Gelder. Ein weiterer Bestandteil der Genehmigung bezieht sich auf die Verpflichtungsermächtigungen. Diese wurden für 2015 in Höhe von 49,7 Mio. EUR vollständig gewährt. Für das Jahr 2016 hingegen wurden sie abgelehnt, was auf eine unterschiedliche Rechtsauffassung zurückzuführen ist. Der Kassenkredit von 25 Mio. EUR für 2015 ist vollständig, von der für 2016 beantragten Summe von 28 Mio. EUR sind 25 Mio. EUR bewilligt worden. Hinsichtlich des städtebaulichen Sondervermögens wurden alle Verpflichtungsermächtigungen vollständig bewilligt.

Herr Wille bedankt sich ausdrücklich bei allen Fraktionen für die konstruktive Mitwirkung an diesem recht positiven Ausgang.

Herr Dr. Kerath fragt, ob angesichts der guten Steuereinnahmen ein Ausgleich des Haushaltes auch ohne HSK realistisch ist.

Herr Wille bestätigt den Willen zur Sparsamkeit und lobt ausdrücklich die Fachämter, die sich sehr kooperativ zeigen.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Kolbe fragt nach dem Kosten-/Zeitraumen der Käthe-Kollwitz-Schule. Herr Kremer antwortet, dass man aktuell mit 60.000 EUR unter dem Budget liegt. Der Planungszeitraum wird eingehalten (Umzug Ende Juli).

Herr Dr. Kerath hakt zur Thematik „Übertragung Bewirtschaftung der Straßenbeleuchtung auf die Stadtwerke“ nach. Frau Teetz teilt mit, dass das avisierte Gespräch anlässlich der nächsten Aufsichtsratssitzung im Mai erfolgen soll.

Herr Dr. Kerath bittet um Mitteilung des Informationsstandes, welche Frau Teetz zusagt.

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Schluss der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird um 20:32 Uhr beendet.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Beate Beyerle
für das Protokoll